



Ausgabe: Januar 2018

## Demokratie-Newsletter

### Allgemeines zum Thema «Demokratie»

- Tages-Anzeiger vom 12. Januar 2018, Seite 4  
*CVP trotz massiver Wählerverlust – Würden die nationalen Wahlen bereits jetzt stattfinden, würde die CVP auf 9 Prozent abstürzen. Das zeigt die Tamedia-Wahlumfrage. Freuen dürften sich dafür SVP und Grünliberale.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 25. Januar 2018, Seite 7  
*Genug vom Demokratieexperiment – Die niederländische Regierung will das konsultative Referendum wieder abschaffen.*

### Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

- Tages-Anzeiger vom 3. Januar 2018, Seite 4  
*Die No-Billag-Initiative war eine Bieridee – Der Jugfreisinnige Yves Collet hatte den Einfall zur No-Billag-Initiative – bei einem Bier mit zwei Kollegen. Mittlerweise hat er keine Zeit mehr für Politik.*
- Tages-Anzeiger vom 5. Januar 2018, Seite 2–3  
*«Wenn das keinen Franken mehr wert ist, können wir gleich zusperren» – Der österreichische Topjournalist Armin Wolf fürchtet sich vor einer Zukunft ohne gebührenfinanziertes Radio und Fernsehen. Initiativen wie No Billag würden die zivilisatorischen Errungenschaften in ihrem Kern angreifen.*
- Tages-Anzeiger vom 9. Januar 2018, Seite 4  
*Nach der No-Billag- nun auch noch die No-Bund-Abstimmung – Am 4. März entscheidet die Schweiz nicht nur über die 1,3 Milliarden Franken Radio- und Fernsehgebühren, sondern auch über 43 Milliarden Franken Bundessteuern. Heute informiert Bundesrat Ueli Maurer.*
- Tages-Anzeiger vom 19. Januar 2018, Seite 5  
*Die Gegner liegen vorn – Laut der Tamedia-Umfrage lehnen Junge wie Ältere No-Billag ab. Die Befürworter glauben weiterhin an eine Überraschung.*
- Tages-Anzeiger vom 30. Januar 2018, Seite 3  
*Radio zum Glück – Die Hörer der Musikwelle gehören zu den loyalsten im SRG-Universum. Sie lieben Volksmusik, Schlager und die Moderation von Christine Gertschen. Nun ist für sie ein Stück Heimat bedroht.*



- Neue Zürcher Zeitung vom 30. Januar 2018, Seite 16  
*St. Galler Referendum gegen Verhüllungsverbot*
- Weltwoche, Nr. 01.18, Seite 14–15  
*Das letzte Wort – Bundesrat und Medien kritisieren heftig die Selbstbestimmungsinitiative der SVP. Zu Unrecht. Das Anliegen fordert eigentlich Selbstverständliches. In keiner Weise würde die Geltung der Menschenrechte in der Schweiz durch eine Annahme beeinträchtigt.*
- Weltwoche, Nr. 02.18, Seite 7–8  
*Wenn die Hornkuh ruft – Die EU will die Schweiz institutionell anbinden. Was aber hätte der Stimmbürger dazu zu sagen? Die Verfassung ist zurückhaltend, aber ein Maximum an Demokratie wäre gefragt. Kommentar von Katharina Fontana.*
- Weltwoche, Nr. 05.18, Seite 42–43  
*Nur ein Appell, mehr nicht – Die Selbstbestimmungsinitiative ist nicht revolutionär. Sie verfolgt ein legitimes Anliegen, kann Konflikte zwischen Völkerrecht und Landesrecht aber nicht beenden. Essay von Andreas Glaser.*

## Gerichtsurteile

- Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz, Schlussbericht vom 5. Januar 2018, [5222](#), [5226](#)  
Über Schlüsselereignisse der direkten Demokratie muss die «Tagesschau» berichten, wenn es um eidgenössischen Anlässe geht. «Tagesschau» wegen Nichtberichterstattung über die Einreichung der Pflegeinitiative beanstandet.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 18. Dezember 2017, [1C\\_213/2017](#)  
Politische Rechte – Ungültigkeit eines Wahlvorschlags. Beschwerde gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts des Kantons Schwyz, Kammer III, 24. Februar 2017 (III 2016 163). Abweisung.
- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 6. Dezember 2017, [VB.2017.00530](#)  
Stimmrechtsbeschwerde – Nachträgliche Urnenabstimmung/Gesuch um Fristwiederherstellung. Die Rüge, eine von der Gemeindeversammlung angenommene Initiative dürfe nicht der nachträglichen Urnenabstimmung unterstellt werden, ist mit Stimmrechtsrekurs und nicht mit der Gemeindebeschwerde geltend zu machen; der Beschwerdeführer hat die für Rechtsmittel in Stimmrechtssachen geltende Frist von fünf Tagen nicht eingehalten. Abweisung.
- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 20. Dezember 2017, [VB.2017.00266](#)  
Stimmrechtsbeschwerde – Kredit von Fr. 1'420'000.— für den Neubau eines Kiosks/Bistros am Seequai. Rügepflicht bei Verletzung des Aufgabenreferendums durch die Gemeindeversammlung / Berechnung eines Verpflichtungskredits (Zuweisung von Bauland zum Finanz- oder Verwaltungsvermögen). Verletzung politischer Rechte sind stets mit Rekurs bzw. Beschwerde in Stimmrechtssachen zu rügen, da dieses Rechtsmittel das speziellere ist. In Be-



zug auf die Verfahrenskosten teilweise Gutheissung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten wird. Im Übrigen Abweisung.

## Amtliche Informationen

- Bericht der Staatspolitischen Kommission des Ständerates  
**Standesinitiativen Kt.Iv.ZG. Wiederherstellung der Souveränität der Kantone bei Wahlfragen. Änderung der Bundesverfassung / Kt.Iv.UR. Souveränität bei Wahlfragen.** ([BBI 2018 1](#) sowie [BBI 2018 19](#))
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 9. Januar 2018  
**Bundesrat für Annahme der neuen Finanzordnung 2021**  
Bundesrat Ueli Maurer hat am 9. Januar 2018 an einer Medienkonferenz die Argumente des Bundesrats zugunsten einer Annahme der neuen Finanzordnung 2021 dargelegt. Mit der Verfassungsänderung wird sichergestellt, dass der Bund seine beiden wichtigsten Einnahmenquellen, die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer, auch in Zukunft erheben kann. Die Weiterführung der beiden Steuern war im Parlament unbestritten. ([Link](#))
- Vernehmlassungsvorlage der Staatspolitischen Kommission des Ständerates vom 9. Januar 2018  
**Bundesgesetz über die Zuständigkeit für den Abschluss, die Änderung und die Kündigung völkerrechtlicher Verträge**  
Die Zuständigkeiten der Bundesversammlung für die Genehmigung des Abschlusses wichtiger Verträge und die diesbezüglichen Referendumsrechte müssen in analoger Weise auch für wichtige Kündigungen und Änderungen von Verträgen gelten. Es gilt ein Parallelismus der Zuständigkeiten für die nationale und für die internationale Rechtsetzung. ([Link](#))
- Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 19. Januar 2018  
**Die Fair-Preis-Initiative ist zustande gekommen**  
Die am 12. Dezember 2017 eingereichte eidgenössische Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)» ist formell zustande gekommen. Die Prüfung der Unterschriftenlisten durch die Bundeskanzlei hat ergeben, dass von insgesamt 108 441 eingereichten Unterschriften 107 889 gültig sind. ([Link](#))
- Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 30. Januar 2018  
**Geldspielgesetz: Referendum zustande gekommen**  
Das Referendum gegen das Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS) ist zustande gekommen. Am 18. Januar 2018 haben die Referendumskomitees 60'935 Unterschriften gegen das Bundesgesetz über Geldspiele eingereicht. Die Überprüfung durch die Bundeskanzlei hat ergeben, dass davon 60'744 Unterschriften gültig sind. Damit ist das Referendum formell zustande gekommen. ([Link](#))

- Medienmitteilung des Bundesrates vom 31. Januar 2018  
**Abstimmungsvorlagen für den 10. Juni 2018**  
Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 31. Januar 2018 beschlossen, die folgenden Vorlagen am 10. Juni 2018 zur Abstimmung zu bringen:
  1. Volksinitiative vom 1. Dezember 2015 «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» (BBI 2017 7895);
  2. Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS) (BBI 2017 6245) ([Link](#))
  
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 31. Januar 2018  
**Bundesrat lehnt «Transparenz-Initiative» ab**  
Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» (Transparenz-Initiative) ab. Er ist der Ansicht, dass eine nationale Regelung der Parteienfinanzierung und der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen kaum mit den Eigenheiten des schweizerischen politischen Systems vereinbar ist. Er wird dem Parlament deshalb beantragen, die Volksinitiative ohne Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen. An seiner Sitzung vom 31. Januar 2018 hat er das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt, eine entsprechende Botschaft auszuarbeiten. ([Link](#))

### Neue Volksinitiativen im Sammelstadium

- Eidgenössische Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»  
(Sammelbeginn: 16. Januar 2018, [Link](#))

### Europäische und internationale Nachrichten zur Demokratie und den pol. Rechten

- Tages-Anzeiger vom 9. Januar 2018, Seite 8  
*Das grosse Aufpumpen – Der Wahlkampf in Italien bietet neue Höhepunkte unhaltbarer Verheissungen für die Wähler. Silvio Berlusconi fällt dabei besonders auf. Auch die Cinque Stelle setzen offenbar auf Wunder.*
  
- Tages-Anzeiger vom 17. Januar 2018, Seite 6  
*Der GroKo-Schreck – Keiner kämpft so furios gegen eine neuerliche Regierungsbeteiligung der SPD wie Juso-Chef Kevin Kühnert. Dafür nimmt er auch den Sturz des Parteichefs in Kauf.*
  
- Tages-Anzeiger vom 22. Januar 2018, Seite 5  
*«Die zeigen uns doch den Vogel» - Andrea Nahles wies der SPD den Weg mit einer angriffslustigen Rede in die nächste Grosse Koalition. Umjubelt wurden allerdings die Jungsozialisten, die eben davor in düsteren Worten warnten.*



- Tages-Anzeiger vom 27. Januar 2018, Seite 6  
*Nawalny ruft die Wähler zum Streik auf – Der verhinderte russische Präsidentschaftskandidat Alexei Nawalny organisiert eine Grossdemonstration gegen Wladimir Putin. Ein Wahlboykott soll dem Amtsinhaber die Siegeslaune verderben – und die Opposition am Scheideweg stärken.*
- Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Januar 2018, Seite 4  
*Referendum in Irland – Das irische Parlament hat den Weg frei gemacht für ein Referendum über das Abtreibungsrecht.*

### Neuerscheinungen

- BERNHARD LAURENT, Three faces of populism in current Switzerland, Comparing the populist communication of the Swiss People's Party, the Ticino League and the Geneve Citizens' Movement, in: Swiss political science review (SPSR), Jg. 23 (2017), Nr. 4, S. 509–525.
- BIAGGINI GIOVANNI, «Die Geltungsdauer des Gesetzes wird bis zum 31. Januar 2015 letztmals verlängert.» – Sunset-Gesetzgebung im Praxistest, in: ZBI 119/2018, S. 1 f.
- STEINMANN GEROLD, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 23. August 2017, 1C\_17/2017, Urteilsbesprechung, in: ZBI 119/2018, S. 26–34
- WYSS MARTIN, Gold, Glanz und Schein in der Gesetzgebung, in: ZBI 119/2018, S. 3–25



### **Dokumentation**

- Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
- Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)
- Vollständige Urteils- bzw. Entscheidsammlung (Schweiz):
  - [Schweizerisches Bundesgericht](#)
  - [Verwaltungsgericht des Kantons Zürich](#)
  - [Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz](#)

### **Kontakt**

Luka Markić, Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich

Tel. +41 44 634 41 77

E-Mail: [luka.markic@rwi.uzh.ch](mailto:luka.markic@rwi.uzh.ch)

[www.rwi.uzh.ch/kley](http://www.rwi.uzh.ch/kley)